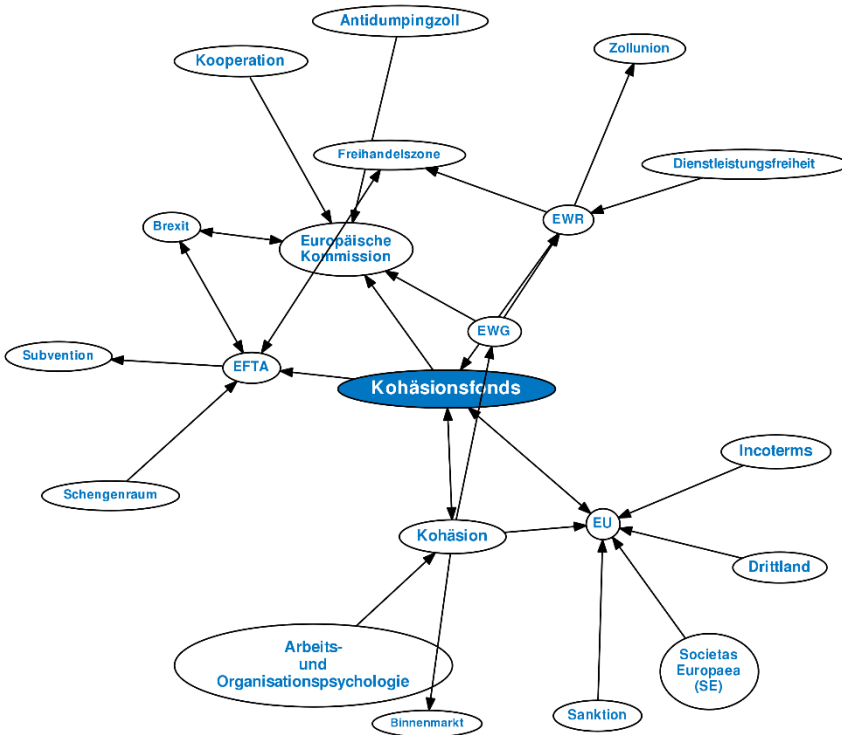


# **Auftaktveranstaltung für die Förderperiode 2021-2027**

## **„Die EU-Strukturförderung als politisches Instrument für wirtschaftlichen Aufschwung und Zusammenhalt“**

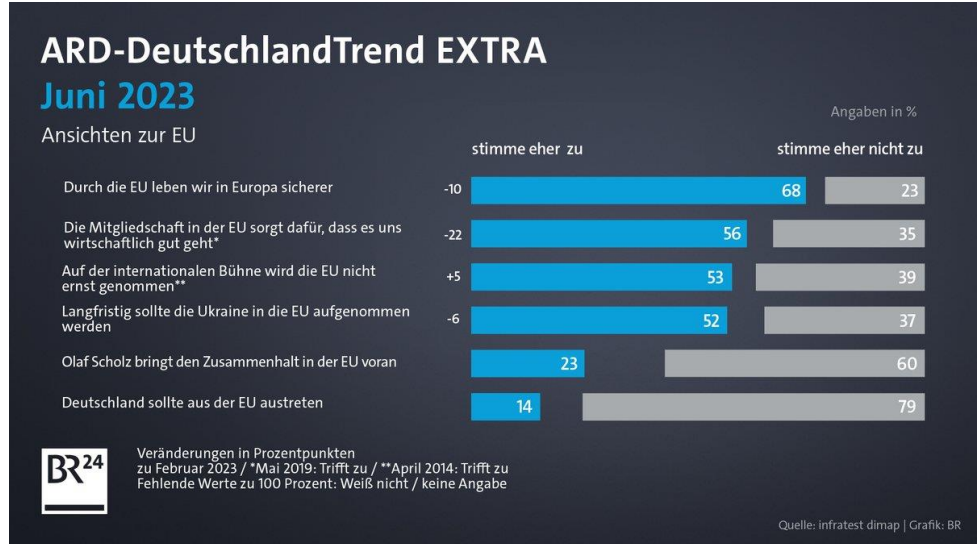
# Kohäsion = Solidarität oder Bürokratie?



„Die Union entwickelt und verfolgt weiterhin ihre Politik zur Stärkung ihres wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts, um eine harmonische Entwicklung der Union als Ganzes zu fördern“ **Art. 174 AEUV**

Die **europäische Strukturpolitik** wird häufig auch als **Kohäsionspolitik** bezeichnet. Der Begriff der Kohäsion steht in diesem Zusammenhang für den Zusammenhalt der EU-Staaten und Regionen.

# Geld für ein besseres Image?



# Alle profitieren!

## EU-Kohäsionspolitik: Förderung für alle

Unter dem Begriff der Kohäsionspolitik werden allgemein jene Maßnahmen zusammengefasst, mit denen die EU den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der Staatengemeinschaft stärken will. In einer weiten Abgrenzung – wie hier – berechnen sich die kohäsionspolitischen Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, dem Europäischen Sozialfonds, dem Kohäsionsfonds, dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums, dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen.

Von den insgesamt 454,1 Milliarden Euro, die die EU im Rahmen der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2014 bis 2020 zur Verfügung stellt, entfallen so viele Milliarden Euro auf diese Mitgliedsländer

■ je Einwohner in Euro

Polen	86,0	2.270	Litauen	8,4	2.900
Italien	42,8	700	Lettland	5,6	2.860
Spanien	37,4	810	Österreich	4,9	570
Rumänien	30,8	1.560	Estland	4,5	3.390
<b>Deutschland</b>	<b>27,9</b>	<b>340</b>	Slowenien	<b>3,9</b>	<b>1.880</b>
Frankreich	26,7	400	Finnland	3,8	690
Portugal	25,8	2.490	Schweden	3,6	370
Ungarn	25,0	2.540	Irland	3,4	710
Tschechien	24,2	2.290	Belgien	2,7	240
Griechenland	20,4	1.890	Niederlande	1,7	100
Vereinigtes Königreich	16,4	250	Dänemark	1,3	220
Slowakei	15,3	2.830	Zypern	0,9	1.030
Kroatien	10,7	2.560	Malta	0,8	1.910
Bulgarien	9,9	1.380	Luxemburg	0,1	240
Nachrichtlich: national nicht zurechenbar im Rahmen der territorialen Zusammenarbeit				<b>9,1</b>	

Ursprungsdaten: EU-Kommission  
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

# Thesen:

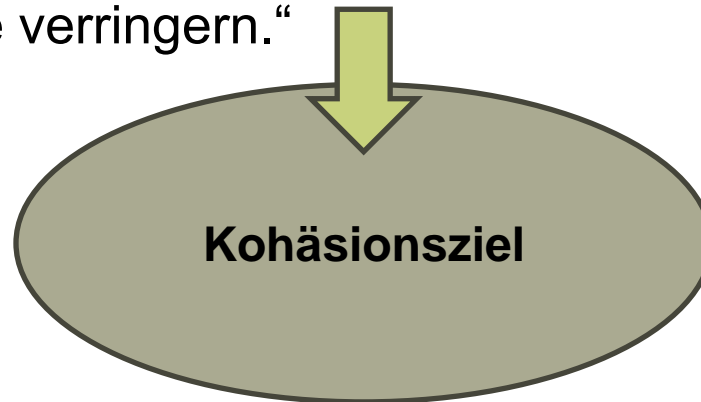
1. Die Europäische Kohäsionspolitik gehört zur “DNA” der EU.
2. Mit der EU-Strukturpolitik werden politische Ziele umgesetzt.
3. Im Laufe der europäischen Integration wurden Instrumente der Strukturförderung entwickelt, mit denen flexibel auf neue Herausforderungen reagiert werden kann.
4. Mithilfe der Regeln für den Rechtsstaatsmechanismus können in Zukunft Mitgliedstaaten durch das Einfrieren von Fördermitteln sanktioniert werden.

## These 1:

# Die Europäische Kohäsionspolitik gehört zur “DNA” der EU

## Präambel des EWG-Vertrages vom 25. März 1957

Die Mitgliedstaaten verpflichteten sich, „ihre Volkswirtschaften zu einigen und deren harmonische Entwicklung zu fördern, indem sie den Abstand zwischen einzelnen Gebieten und den Rückstand weniger begünstigter Gebiete verringern.“



# Warum braucht es EU-Förderung?

Die Europäische Strukturförderung ist ein Thema, das die europäische Integration von Anfang an begleitet hat.

## Ausgangspunkt:

das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte bringt nicht immer und nicht automatisch die Ergebnisse, die als gesellschaftlich nützlich, sinnvoll und wünschenswert erachtet werden.

→ Notwendigkeit von Korrekturen und steuernden Eingriffen

Die **EU-Strukturfonds** - sind das zentrale Instrument, um den Aufholprozess der benachteiligten Regionen zu unterstützen, sie machen mehr als ein Drittel des Gesamthaushalts der EU aus .

Die Strukturförderung ist die konkreteste und materiell bedeutsamste Ausprägung europäischer **Regionalpolitik**.

# Beispiel

Da manche europäische Regionen stärker als andere Regionen entwickelt sind, kann es zu ökonomischen Konzentrationen kommen, die sich negativ auf die übrigen Regionen auswirken. Weniger entwickelte Regionen können nur noch schwer mithalten und fallen weiter zurück. Aufgrund der natürlichen Marktkräfte und Beschäftigungschancen ziehen Arbeitssuchende eher in die "wirtschaftlichen Zentren" der EU. Das will die EU verhindern!

Die süditalienischen Regionen wie **Sizilien, Apulien** oder **Kalabrien** leiden schon seit Jahrzehnten unter einer schwach ausgebildeten Wirtschaft. Dem gegenüber stehen die norditalienischen Regionen wie die Lombardei, Venetien oder die Toskana mit den wirtschaftlichen Zentren Italiens, wie Rom und Mailand.

In den süditalienischen Regionen herrscht eine durchschnittlich höhere Arbeitslosigkeit. Es gibt nur wenige Jobs, weil dort kaum Investitionen getätigt werden. Große Unternehmen siedeln sich nahe den Zentren Rom und Mailand an. Vor allem die jungen Italiener\*innen sehen in Süditalien keine Zukunft und ziehen zu großen Teilen nach Norditalien, in der Hoffnung dort ein besseres Leben führen zu können. Diese „Flucht“ sorgt allerdings für eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation Süditaliens.

→ **Hier greift die EU-Strukturpolitik ein und bewirkt Verbesserungen durch die richtigen Investitionen.**





# Ziele Europäischer Strukturpolitik

Angemessenes Wirtschaftswachstum

Lösung der Beschäftigungsprobleme

Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit Europas

- ursprünglich weitgehende Konzentration auf die Agrarpolitik
- **70er Jahre**: Einbeziehung regionalpolitischer Zielsetzungen
- **80er Jahre**: Aktivierung der Forschungsförderung
- Ende der **80er**/ Anfang der **90er Jahre**: **quantitative und qualitative Aufwertung** der Strukturförderung
- **2000er Jahre**: Erweiterung und Schaffung einer Vielzahl von Initiativen im sozial-, bildungs- und gleichstellungspolitischen Bereich + Heranführungshilfen für künftige Mitgliedstaaten

# Entwicklung der Europäischen Kohäsionspolitik

## Art. 2 EWGV:

„Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie durch die Durchführung der in den Artikeln 3 und 4 genannten gemeinsamen Politiken und Maßnahmen in der ganzen Gemeinschaft eine **harmonische, ausgewogene und nachhaltige Entwicklung** des Wirtschaftslebens, ein **hohes Beschäftigungsniveau** und ein hohes Maß an sozialem Schutz, die Gleichstellung von Männern und Frauen, ein beständiges, nichtinflationäres Wachstum, einen hohen Grad von Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz der Wirtschaftsleistungen, ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität, die Hebung der Lebenshaltung und der Lebensqualität, den **wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt** und die **Solidarität** zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern.“

- In den **60er Jahre** ist **Italien** die treibende Kraft zum Aufbau einer EG-Regionalpolitik.
- **1967** Einrichtung der **Generaldirektion für Regionalpolitik** - Entwicklung erster Konzepte.
- **1973**: mit dem Beitritt **Großbritannien** und **Irland** – fordern zwei neue MGS mit erheblichen Regionalproblemen einen entsprechenden Ausgleich.
- VO vom **18.3.1975** (ABl. L 73/ 1 ff.) zur Errichtung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (**EFRE**) und Einsetzung eines **Ausschusses für Regionalpolitik** (Ratsbeschluss vom 18.3.1975, ABl. L 73/47 ff.).
- Mit der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) **1986**: Einfügung des Prinzips des „wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts“ (Kohäsion“) in Art. 130 a- c EWGV.

# Reform der Europäischen Strukturpolitik

→ Ausrichtung der Aktionen des EFRE, des EAGFL- A, des ESF sowie der EIB und anderer Finanzierungsinstrumente durch neue Verordnungen im Jahre **1988/93** auf **gemeinsame Ziele**.

- Erweiterung des Kreises der förderungswürdigen Mitgliedstaaten und Regionen mit den Beitritten **Griechenlands** 1981, **Portugals** und **Spaniens** 1986 und durch die Einbeziehung **Ostdeutschlands** in die EU 1990.
- Mit der EEA wird **1986** die harmonische Entwicklung der EG als Ganzes („wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt“) erstmals als **ausdrückliches Vertragsziel** festgeschrieben.
- **Integriertes Mittelmeerprogramm 1986- 1993**: Aufstockung der Fördermittel und spezifische Maßnahmen, besonders für die Mittelmeerländer, Portugal und Irland.
- **1993/1994**: Errichtung des **Kohäsionsfonds** (Art. 130 d Abs. 2 EWGV).
- **1992**: „**Protokoll über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt**“ als Anhang zum EUV betont die besondere Bedeutung der Regionalpolitik.

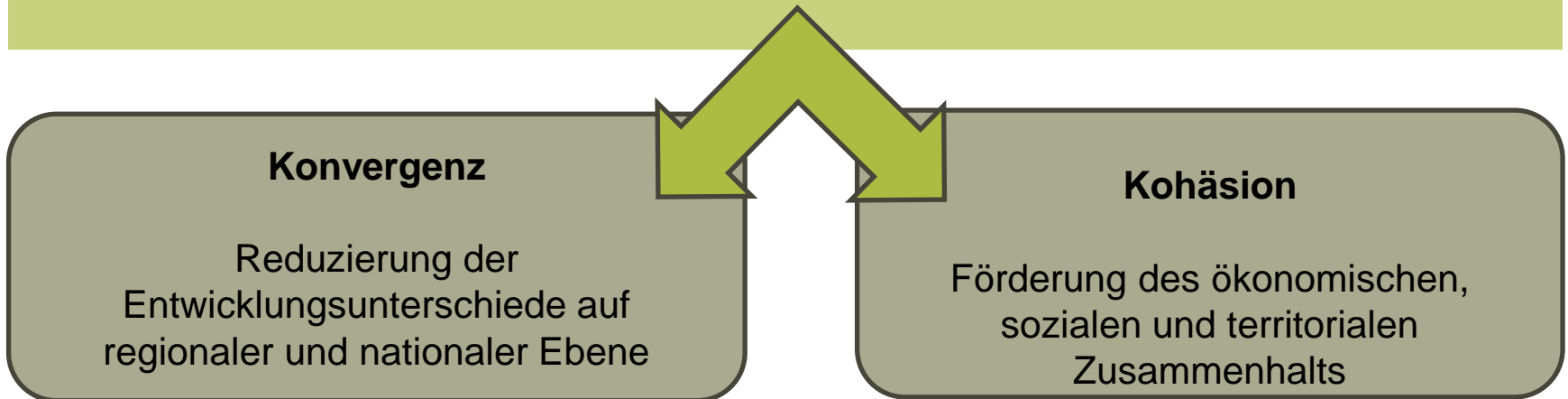
# Rechtsgrundlage

## Art. 174 AEUV (ex-Artikel 158 EGV)

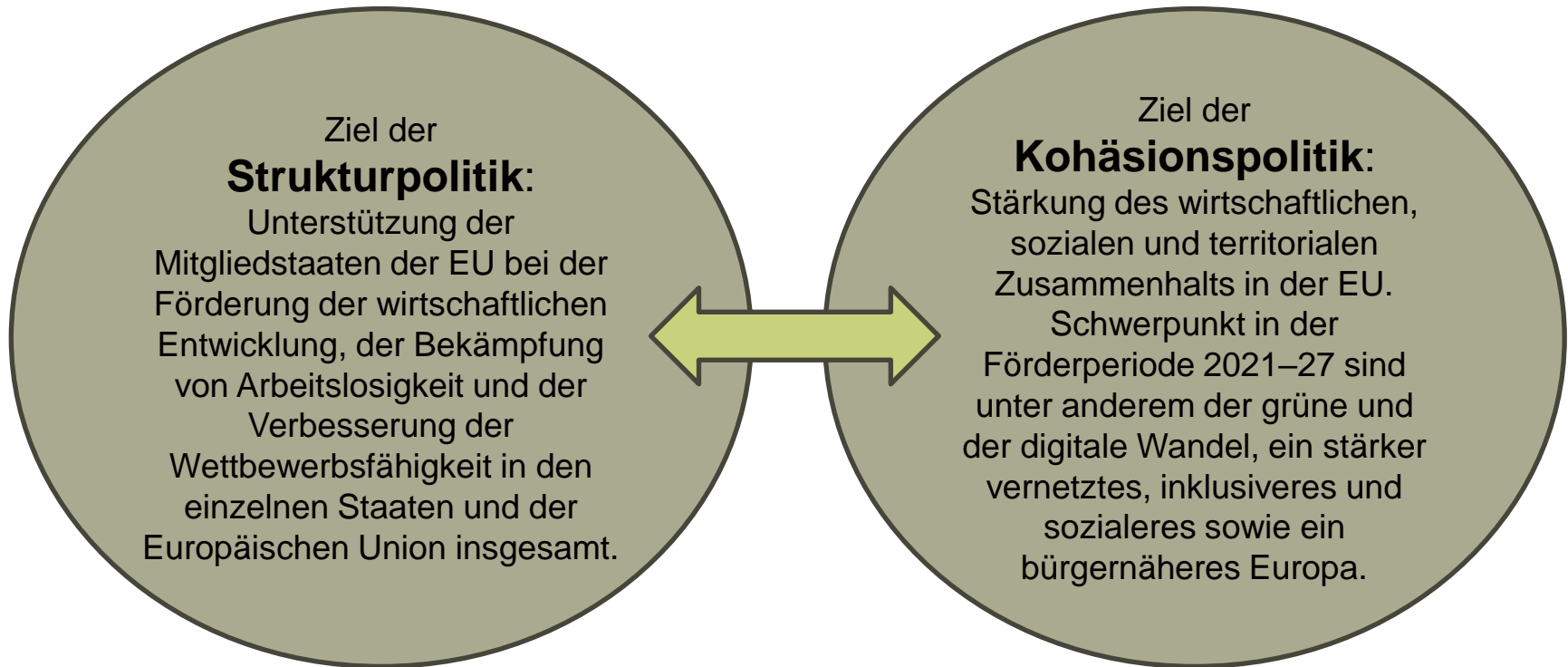
„Die Union entwickelt und verfolgt weiterhin ihre Politik zur Stärkung ihres wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts, um eine harmonische Entwicklung der Union als Ganzes zu fördern.

Die Union setzt sich insbesondere zum Ziel, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete zu verringern.

Unter den betreffenden Gebieten gilt besondere Aufmerksamkeit den ländlichen Gebieten, den vom industriellen Wandel betroffenen Gebieten und den Gebieten mit schweren und dauerhaften natürlichen oder demografischen Nachteilen, wie den nördlichsten Regionen mit sehr geringer Bevölkerungsdichte sowie den Insel-, Grenz- und Bergregionen.



# Gleiche Zielstellung?



# Definitionen

Als **Strukturpolitik** bezeichnet man allgemein die Gesamtheit aller politischen Maßnahmen, die darauf abzielen, die Struktur einer Volkswirtschaft anders zu gestalten, als diese einzig durch das Wirken von Marktkräften entstanden wäre.

Demgegenüber ist das Ziel der **Kohäsionspolitik** die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts.

Die europäische Kohäsionspolitik **ergänzt** die nationale Struktur- und Regionalpolitik der EU-Staaten. Sie ist darauf ausgelegt, Standortnachteile abzubauen und strukturschwache Regionen beim Wachstum zu helfen (**Strukturpolitik**), indem sie entsprechende Projekte finanziell unterstützt und fördert. Sie sollen auf den **EU-Durchschnitt angehoben** werden, sodass sich die Mitgliedstaaten und Regionen harmonisch und in eine gemeinsame Richtung entwickeln können.

# Instrumente

Die EU-Strukturpolitik wird über die **europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF)** finanziert und fördert mit diesen Mitteln insbesondere die Regionen und Städte der EU.

Die Programme werden für einen **Förderungszeitraum** von **sieben Jahren** festgelegt (im Rahmen des siebenjährigen EU-Haushalts). Der letzte Förderungszeitraum von 2014 bis 2020 wird derzeit noch abgewickelt – jetzt befinden wir uns im **Förderungszeitraum** von **2021 bis 2027**.

Für diese Förderperiode werden im Vorhinein Pakete vorgelegt und genaue **Ziele** festgesteckt, um eine thematisch fokussierte Strukturpolitik zu ermöglichen. Dafür wurden dieses Mal (nur) **fünf Ziele** festgelegt.

# Die Finanzierung der EU-Strukturpolitik

Erfolgt durch verschiedene Struktur- und Investitionsfonds (**ESIF**). Diese haben sich über die Jahre verändert, da Fonds zusammengeführt oder weiterentwickelt wurden. In dem Förderungszeitraum **2021 bis 2027** kommen die Mittel aus dem EFRE, dem ELER, dem ESF+ und dem JTF.

## EFRE

investiert in die soziale und wirtschaftliche Entwicklung von EU-Regionen

## JTF

fördert Regionen, die der Übergang zur Klimaneutralität am stärksten belastet

## ESF+

fördert Arbeitsplätze, die soziale Integration und Gerechtigkeit in den EU-Ländern

## ELER

ist darauf ausgelegt, in Umwelt und Verkehr von weniger wohlhabenden EU-Ländern zu investieren



# Besonderheiten europäischer Strukturförderung

**Spezifikum der EU** – Politikebene verfügt im Vergleich zu den Mitgliedstaaten nur über wenig administrative und finanzielle Ressourcen.

→ stärker darauf angewiesen:

- durch Einsatz eigener Finanzmittel auch **Ressourcen** anderer Akteure zu **mobilisieren** und
- Verwaltung der Förderprogramme in Zusammenarbeit mit anderen Gebietskörperschaften Bund und Länder) oder alternativ Übertragung an externe Einrichtungen



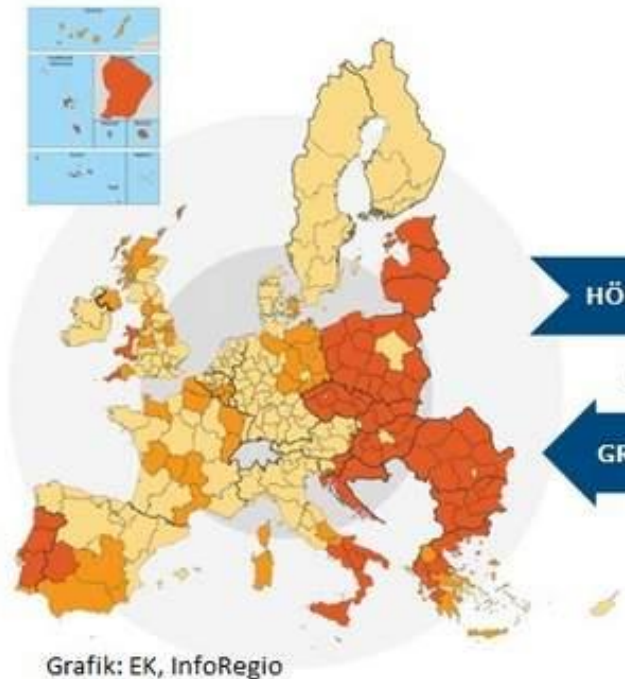
## Externe Ziele

Reduzierung der  
Entwicklungsunterschiede auf  
regionaler und nationaler Ebene

## Interne Ziele

Förderung des ökonomischen,  
sozialen und territorialen  
Zusammenhalts

# In alle EU-Regionen investieren



Alle EU-Regionen profitieren davon



# Prinzipien der Strukturfondsförderung

## Partnerschaft

Kooperation mehrerer Politik- und Verwaltungsebenen und privater Akteure in einem strukturierten System von hoher Komplexität. Formalisierte Kooperation aller Beteiligten mit einem Höchstmaß an Autonomie für das eigene Handeln. Seit 1993 Einbindung der Wirtschafts- und Sozialpartner bzw. sonstigen gesellschaftlichen Gruppierungen („erweiterte Partnerschaft“).

## Additionalität

Prinzip der Zusätzlichkeit (Komplementärfinanzierung) – EU-Gelder sollen nationale Mittel nicht ersetzen, sondern nur ergänzen, um zusätzliche Wachstumsimpulse zu schaffen.

## Kontrolle

rigides und differenziertes System der finanz-technischen Kontrolle zum ordnungsgemäßen und nachvollziehbaren Ablauf. Die MGS richten dafür Kontrollsysteme ein.

## Begleitung

... um Abweichungen von den ursprünglichen Zielen festzustellen und Anpassungen der Programmdokumente vornehmen zu können. Bestimmungen zur Präzisierung für die Durchführung, Beurteilung, Begleitung und Bewertung der Interventionen der Maßnahmen.

## Publizität

... allgemeiner europäischer Auftrag – ideellen Mehrwert für die europäische Idee produzieren. Verwendung europäischer Fördermittel ist mit der Auflage verbunden, auf die Herkunft der Gelder öffentlichkeitswirksam hinzuweisen.

# Querschnittsaufgaben

Anwendung der Wettbewerbsregeln (Beihilfenkontrollpolitik)

Einhaltung der Vorschriften über die **Vergabe öffentlicher Aufträge**

Einhaltung der gemeinschaftlichen **Umweltpolitik**

Anwendung des Grundsatzes der **Chancengleichheit** für Männer und Frauen

# Finanzausstattung

Für den Programmzeitraum **2021-2027** stellt die EU für die Umsetzung der Kohäsionspolitik über **392 Mrd. EUR** zur Verfügung. Rund **226 Mrd. EUR** wurden für den **EFRE** bereitgestellt, davon 9 Mrd. EUR für die Europäische territoriale Zusammenarbeit (ETZ) und 1,9 Mrd. EUR als zusätzliche Mittel für Gebiete in äußerster Randlage und für dünn besiedelte Gebiete.

In den weniger entwickelten Regionen können bis zu 85% der Projektkosten aus dem EFRE kofinanziert werden. Die **Kofinanzierungssätze** für Übergangsregionen und für stärker entwickelte Regionen betragen bis zu **60%** bzw. bis zu **50%**.

# These 2: Mit der Europäische Strukturpolitik werden politische Ziele umgesetzt

Die Strukturfonds-Verordnungen bilden die strategische Seite der Kohäsionspolitik ab und lenken die Ausrichtung der Investitionen der Strukturfonds auf

→ fünf Politikziele:

1. ein **intelligenteres** Europa – innovativer und intelligenter wirtschaftlicher Wandel,
2. ein **grüneres**, CO2-armes Europa (Green Deal),
3. ein stärker **vernetztes** Europa – Mobilität und regionale IKT-Konnektivität,
4. ein **sozialeres** Europa – Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte und
5. ein **bürgernäheres Europa** – nachhaltige und integrierte Entwicklung von städtischen, ländlichen und Küstengegenden durch lokale Initiativen.

# Ausrichtung an den politischen Prioritäten

Das sind im Einzelnen:

- Europäischer **Grüner Deal** – Europa will der erste klimaneutrale Kontinent werden, indem es sich zu einer modernen, ressourceneffizienten Wirtschaft entwickelt.
- Ein Europa für das digitale Zeitalter – Die **EU-Digitalstrategie** ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern die aktive Teilhabe an einer neuen Technologiegeneration.
- Eine **Wirtschaft im Dienste der Menschen** – Die EU muss Sorge tragen für ein attraktiveres Investitionsumfeld und Wachstum, das insbesondere für junge Menschen und kleine Unternehmen hochwertige Arbeitsplätze schafft.
- Ein **stärkeres Europa in der Welt** – Die EU will ihrer Stimme in der Welt mehr Gewicht verleihen, indem sie für Multilateralismus und eine regelbasierte globale Ordnung eintritt.
- Förderung unserer europäischen Lebensweise – Die EU schützt die **Rechtsstaatlichkeit** als Garant für Gerechtigkeit und **gemeinsame Grundwerte**.
- **Neuer Schwung für die Demokratie** in Europa – Wir müssen den Europäerinnen und Europäern ein größeres Mitspracherecht geben und unsere Demokratie vor Einflussnahme von außen – etwa durch Desinformation und Hassbotschaften im Internet – schützen.

# Schwerpunkteziele

## Eine grünere Wirtschaft

strategische Investitionen in Energieeffizienz und die Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen, (Klimaneutralität bis 2045)

## Mehr Forschung und Innovation

30 % zur Unterstützung von Forschung und Innovation in Unternehmen, Digitalisierung und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit

## Mehr sozialer Zusammenhalt

30 % zur Unterstützung hochwertiger beruflicher Aus- und Weiterbildung sowie lebenslangen Lernens. Gefördert wird auch die Entwicklung inklusiver sozialer Dienste.

## Einbeziehung der Menschen vor Ort

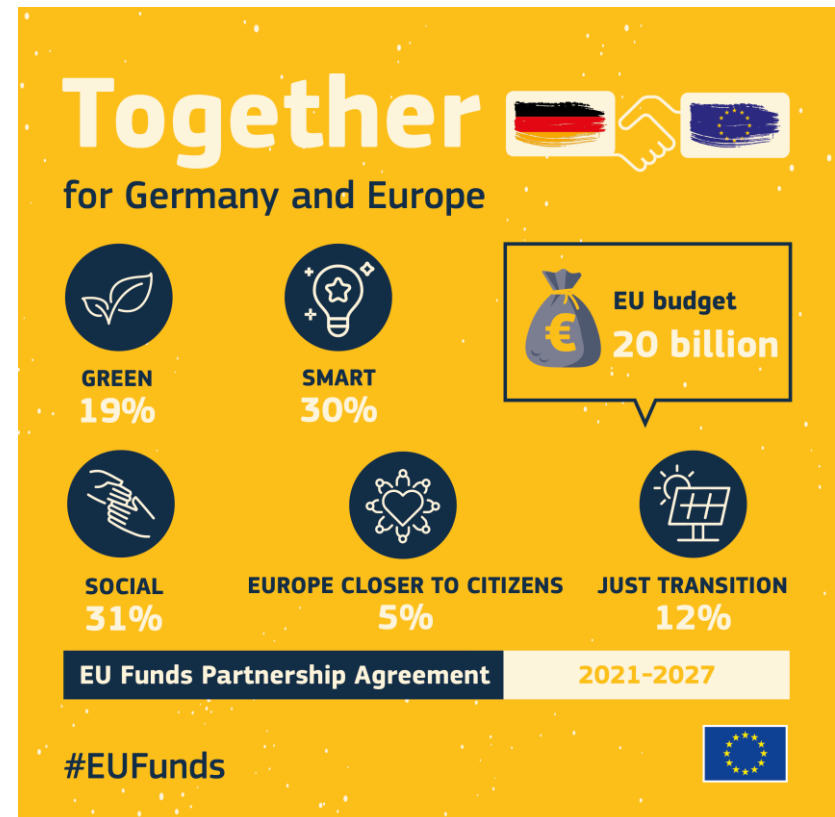
Sachsen-Anhalt arbeitet bei der Konzeption und Umsetzung von Strategien, der Entscheidungsfindung und der Ressourcenzuteilung mit lokalen Aktionsgruppen zusammen

[https://ec.europa.eu/regional\\_policy/de/newsroom/news/2022/04/19-04-2022-commission-adopts-eur20-billion-partnership-agreement-with-germany-for-2021-2027](https://ec.europa.eu/regional_policy/de/newsroom/news/2022/04/19-04-2022-commission-adopts-eur20-billion-partnership-agreement-with-germany-for-2021-2027) (Abruf am 30.08.2023)



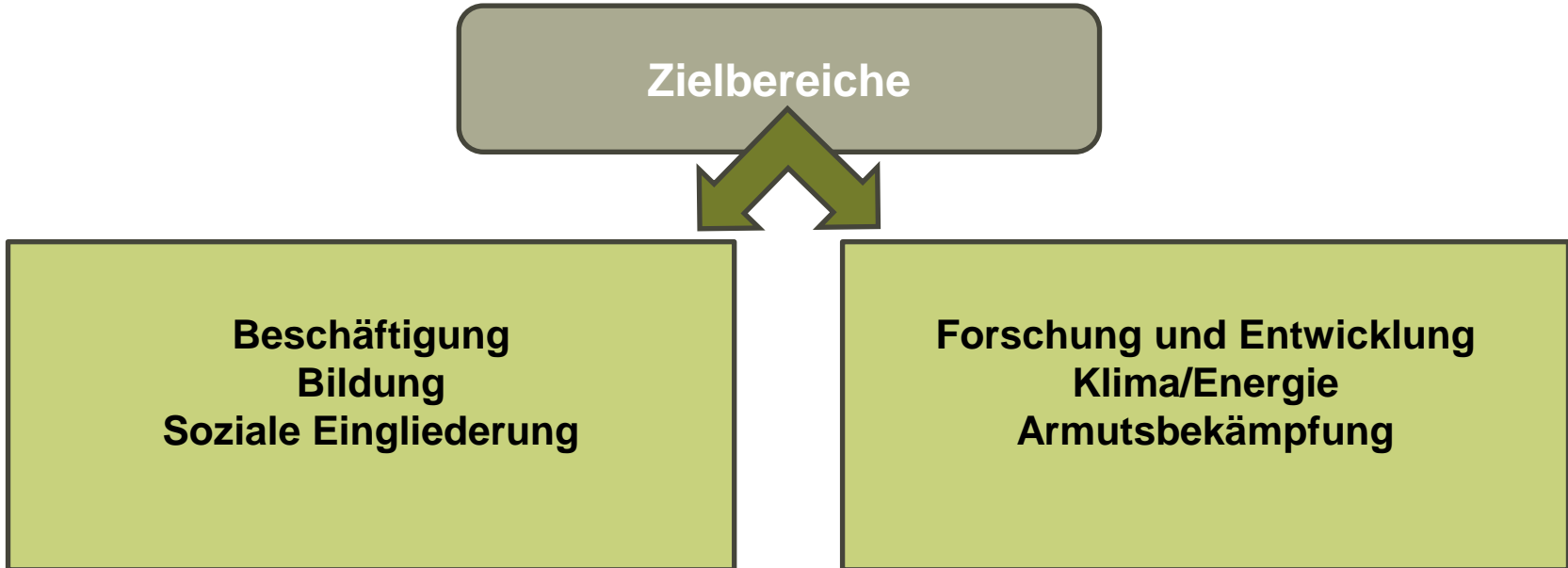
# Prioritäten in Zahlen ...

Die europäische Kommission hat am **19. April 2022** ihre **Partnerschaftsvereinbarung** mit Deutschland genehmigt, in der die Investitionsstrategie Deutschlands für Kohäsionsmittel im Umfang von mehr als **20 Mrd. EUR** für den Zeitraum **2021–2027** festgelegt ist.



# Strategie „Europa 2020“

Den Europäischen Strukturfonds liegt auch die **Strategie „Europa 2020“** zu Grunde. Diese steht für **Wachstum und Beschäftigung** im europäischen Raum.



# Veränderung der Zielstellung der Strukturförderung

Förderperiode 1989–1993	Förderperiode 1994–1999	Förderperiode 2000–2006	Förderperiode 2007–2013	Förderperiode 2014–2020
<u>Ziel 1:</u> Förderung der Entwicklung und der strukturellen Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand	<u>Ziel 1:</u> Entwicklung und strukturelle Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand	<u>Ziel 1:</u> Entwicklung und strukturelle Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand	<u>Ziel</u> Konvergenz	<u>Ziel</u> Wachstum und Beschäftigung
<u>Ziel 2:</u> Umstellung der Regionen mit rückläufiger industrieller Entwicklung	<u>Ziel 2:</u> Umstellung der Regionen mit rückläufiger industrieller Entwicklung	<u>Ziel 2:</u> Wirtschaftliche und soziale Umstellung von Gebieten mit Strukturproblemen	<u>Ziel</u> Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung	
<u>Ziel 3:</u> Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit	<u>Ziel 3:</u> Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit u. Förderung der beruflichen Eingliederung			
<u>Ziel 4:</u> Erleichterung der Eingliederung der Jugendlichen in das Erwerbsleben	<u>Ziel 4:</u> Anpassung an die industriellen Wandlungsprozesse			
<u>Ziel 5a:</u> Beschleunigte Anpassung der Agrarstrukturen	<u>Ziel 5a:</u> Anpassungen der Agrar- und Fischereistrukturen	<u>Ziel 3:</u> Anpassung und Modernisierung der Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungspolitiken und -systeme	<u>Ziel</u> Europäische territoriale Zusammenarbeit	<u>Ziel</u> Europäische territoriale Zusammenarbeit
<u>Ziel 5b:</u> Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums	<u>Ziel 5b:</u> Entwicklung empfindlicher ländlicher Problemgebiete <u>Ziel 6:</u> Regionen mit extrem niedriger Bevölkerungsdichte			
12 Gemeinschaftsinitiativen	12 Gemeinschaftsinitiativen	3 Gemeinschaftsinitiativen (Interreg, Leader, Equal)		

## These 3:

Im Laufe der europäischen Integration wurden Instrumente der Strukturförderung entwickelt, mit denen flexibel auf unterschiedliche Herausforderungen reagiert werden kann.

Umsetzung des Beschlusses über die „**Europäische Beschäftigungsstrategie**“:  
2007 bis 2013 wurden rund 75 Mrd. € (knapp 10 % des EU-Budgets) unter dem Motto: „**In Menschen investieren**“ in Projekte zur Beschäftigungsförderung investiert.

Umsetzung des europäischen „**Green Deal**“ - mit dem die EU bis 2050 klimaneutral werden soll – durch den Fonds für den gerechten Übergang (**JTF**)

Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie mit dem Aufbauinstrument „**Next Generation EU**“ in (750 Mrd. Euro) und der Aufbau- und Resilienzfazilität (**ARF**)

# Der Europäische Grüne Deal (Green Deal)

Die EU-Mitgliedstaaten haben sich das Ziel gesetzt, **bis 2050 Klimaneutralität** zu erreichen und damit ihren Verpflichtungen im Rahmen des Übereinkommens von Paris nachzukommen. Der europäische Grüne Deal ist die Strategie, mit der die EU ihr Ziel bis 2050 erreichen will.

## Paket politischer Initiativen, mit dem die EU einen grünen Wandel vollziehen will

- Gewährleistung eines fairen und sozial gerechten Übergangs,
- Stärkung und Erhalt der Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie und Sicherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen gegenüber den Wirtschaftsteilnehmern aus Drittländern sowie
- Stärkung der Position der EU als Vorreiter im weltweiten Kampf gegen den Klimawandel.

## Rechtsgrundlage:

- Mit der Verordnung (EU) 2021/1119 vom 30. Juni 2021 zur Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität und zur Änderung der VO (EG) Nr. 401/2009 und (EU) 2018/1999 („Europäisches Klimagesetz“) ist das politische Ziel der EU, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen, zu einer **rechtlichen Verpflichtung** geworden.
- Die EU-Biodiversitätsstrategie 2030 soll zur Wiederherstellung der biologischen Vielfalt in Europa bis 2030 beitragen.

# Fonds für einen gerechten Übergang (JTF)

Der **JTF** ist ein **neues Instrument** der Kohäsionspolitik, mit dem Gebiete unterstützt werden sollen, die aufgrund des **Übergangs** der EU zu einer **klimaneutralen Wirtschaft** schwerwiegende sozioökonomische Herausforderungen bewältigen müssen. Der Fonds hilft bei der Umsetzung des europäischen **Grünen Deals**, mit dem die EU bis 2050 klimaneutral werden soll.

## Ziele gemäß Art. 175 AEUV:

- Abfederung der Auswirkungen des Übergangs durch die finanzielle Unterstützung der Diversifizierung und Modernisierung der lokalen Wirtschaft;
- Abmilderung der negativen Begleiterscheinungen auf die Beschäftigung und
- Unterstützung von Investitionen in Bereichen wie digitale Konnektivität, saubere Energietechnologien, Verringerung der Emissionen, Sanierung von Industriestandorten, Umschulung von Arbeitnehmern und technische Hilfe.

**Verordnung (EU) 2021/1056** des Europäischen Parlaments und des Rates vom **24. Juni 2021** zur Einrichtung des Fonds für einen gerechten Übergang.

# Next Generation EU

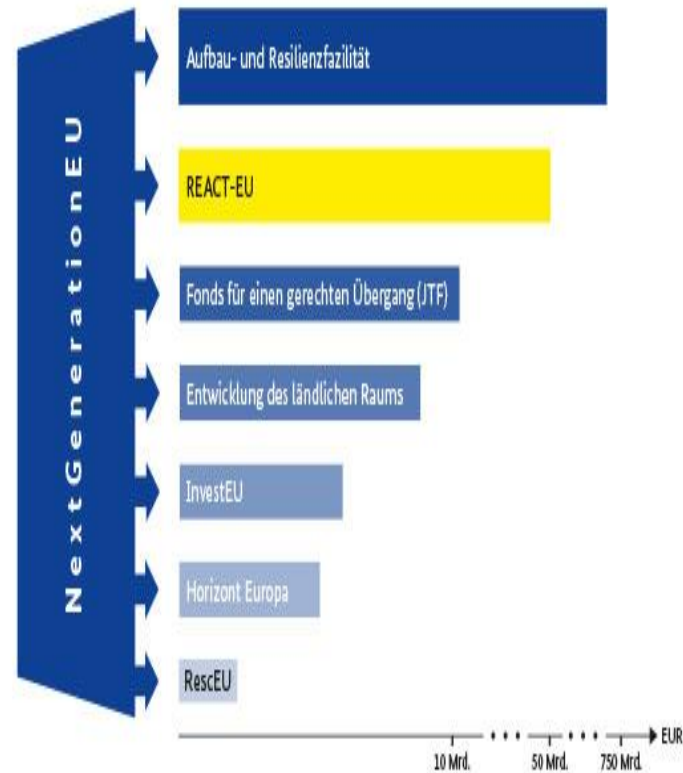
Mit dem **Aufbauinstrument** „Next Generation EU“ in Höhe von **750 Mrd. Euro** und dessen größtem Ausgabeninstrument – der Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) mit einem Volumen von 672,5 Mrd. Euro – wurde der Grundstein gelegt, um gemeinsam gestärkt aus der (Corona-)Krise hervorzugehen.

**Deutschland** stehen Mittel in Höhe von ca. **25 Mrd. Euro** zu.



Funded by  
the European Union  
NextGenerationEU

## Die sieben Instrumente von NextGenerationEU



Alle Beiträge zu jeweiligen Preisen. Quelle: Europäische Kommission

@ Bundesministerium für Arbeit und Soziales

# Förderperiode: 2021–2027

## Europäischer Sozialfonds Plus (ESF+)

### Was ist neu?



**Spezielle Mittelzuweisungen für die Bekämpfung von Kinderarmut**



**Mehr Mittel zur Unterstützung der Jugendbeschäftigung**



**Fokus auf eine grünere und digitale Wirtschaft**



**Neuer Krisenreaktionsmechanismus**



**Komponente Gesundheit unter dem neuen EU4Health-Programm**

**#EUBudget #StrongerTogether #NextGenerationEU**





# These 4: Mithilfe der Regeln für den Rechtsstaatsmechanismus können in Zukunft Mitgliedstaaten durch das Einfrieren von Fördermitteln sanktioniert werden.

SPiEGEL Politik

Rechtsstaat-Streit mit Brüssel

## Polen droht Milliardenverlust von EU-Hilfen

Mit dem Jahreswechsel wird Polen fast alle seine EU-Strukturhilfen verlieren – sollte die rechtskonservative Regierung im Rechtsstaat-Streit mit der EU-Kommission nicht noch einlenken. Was das für Warschau bedeuten würde.

Von **Markus Becker**, Brüssel  
08.09.2023, 10:20 Uhr

🗨️ 📌 🐦 📘 ✉️ 🔗



Menü ZEIT ONLINE Abo testen 🔍

## EU blockiert Corona-Hilfen für Polen und Ungarn

Die EU überweist in der Corona-Pandemie Milliarden Euro an die Mitglieder. Doch für Ungarn und Polen wird die Zahlung wegen Zweifeln am Rechtsstaat vorerst gestoppt.

6. September 2021, 17:38 Uhr / Quelle: ZEIT ONLINE, dpa, cth / 54 Kommentare / 🔒

🔊 Artikel hören



Pro-europäische Demonstranten vor dem Verfassungsgericht in Warschau © Wojtek Radwanski/ AFP/Getty Images

# Rechtsstaatlichkeits-Konditionalität für Zugang zu EU-Geldern

Nach der Verordnung (EU) 2020/2092 des Europäischen Parlaments und des Rates vom **16. Dezember 2020** über eine allgemeine Konditionalitätsregelung zum Schutz des Haushalts der Union können Zahlungen aus dem EU-Haushalt für Länder zurückgehalten werden, in denen festgestellte Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit die Verwaltung der EU-Gelder gefährden.

## Verfahren:

Nachdem die **Kommission** einen Verstoß festgestellt hat, schlägt sie vor, den Konditionalitätsmechanismus gegen die betreffende Regierung auszulösen und anschließend die Zahlungen an diesen Mitgliedstaat aus dem EU-Haushalt zu kürzen oder einzufrieren.

Der **Rat** hat einen Monat Zeit, um über die vorgeschlagenen Maßnahmen mit qualifizierter Mehrheit abzustimmen (oder drei Monate in Ausnahmefällen).

In einer **Plenardebatte** am **5. Oktober 2020** hatten die Europaabgeordneten davor gewarnt, dass die europäischen Werte in Gefahr seien. Sie erklärten, Mittel aus dem langfristigen Haushalt und dem Aufbauplan nicht in die Hände derjenigen zu geben, „die sich gegen Demokratie und Grundrechte in Europa stellen“.

**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!**

Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen

Telefon +49 3943 – 659 432

E-Mail [akolbjanssen@hs-harz.de](mailto:akolbjanssen@hs-harz.de)

Domplatz 16

38820 Halberstadt